

Die Gewichte verschieben sich

Weniger Beschäftigte zahlen ein, immer mehr Rentner beziehen Leistungen

Frankfurt, 7. Mai. Von grundlegender Bedeutung für das umlagenfinanzierte System der gesetzlichen Rentenversicherung ist das Zahlenverhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern. (...) Dieses Zahlenverhältnis hat sich im Laufe der Jahrzehnte stark zu Lasten der Einzahler verändert. Damit müssen entweder die Beiträge erhöht werden, oder das Versorgungsniveau sinkt.

In Westdeutschland bewegte sich die Zahl der Beitragseinzahler lange Zeit konstant um die Marke von rund 20 Millionen. Dem gegenüber standen gegen Mitte der siebziger Jahre noch rund 7 Millionen Rentenbezieher. Damit mussten rechnerisch 2,75 Beschäftigte für einen Empfänger aufkommen. (...) Im Jahr 1997 betrug das Verhältnis 1,7, und 2006 waren es nur noch 1,4 Beschäftigte je Rentner. Auch wenn der aktuelle Aufschwung am Arbeitsmarkt die Zahl der Beitragszahler über die Marke von 27 Millionen gehoben hat, wird sich der sogenannte Rentenquotient in den kommenden Jahren weiter verschlechtern.

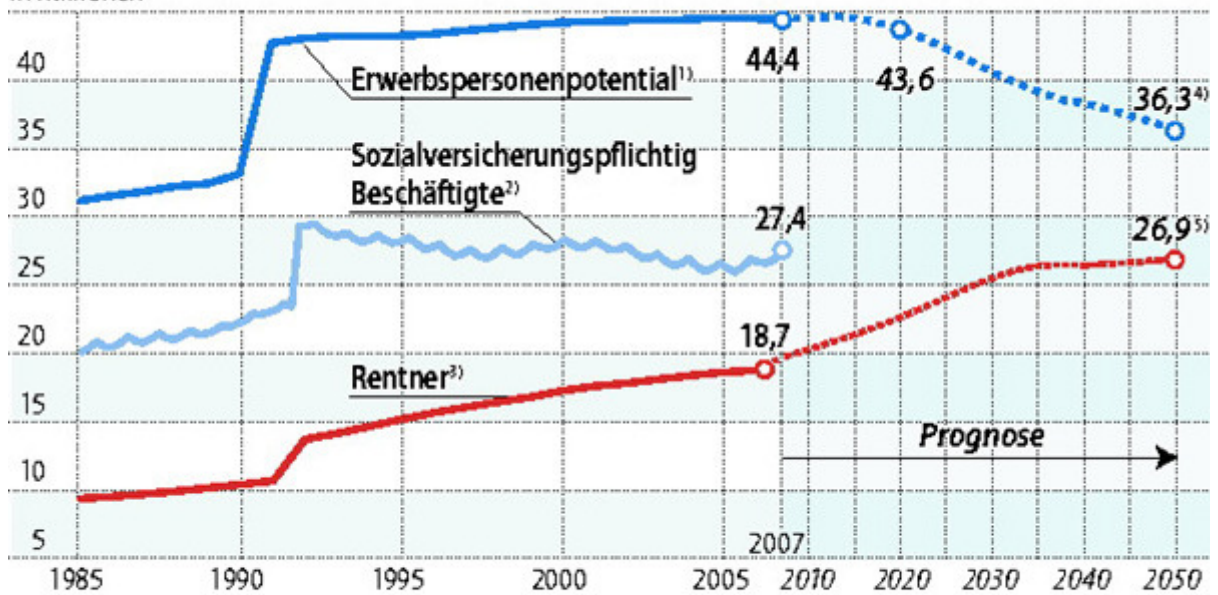
Die Hauptursache dafür ist der demographische Wandel. Die niedrigen Geburtenraten von 1,4 Kindern je Frau in Deutschland in den vergangenen Jahren führen laut Statistischem Bundesamt dazu, dass die deutsche Bevölkerung von derzeit 82,5 Millionen im Jahr 2050 auf 69 Millionen schrumpfen wird. Dann wird es doppelt so viele ältere Menschen geben wie jüngere. Damit erhöht sich der Druck auf die sozialen Sicherungssysteme. Denn die Gruppe der Personen wird kleiner, die überhaupt als Einzahler zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wird die Zahl der Rentenempfänger weiter steigen, (...)

Zugleich sinkt das Erwerbspersonenpotential, das die Obergrenze des Arbeitskräfteangebotes markiert. Es umfasst alle Erwerbstätigen (...) sowie die gemeldeten Arbeitslosen und die stille Reserve, also jene Personen, die wohl arbeiten würden, sich jedoch nicht registrieren lassen. Seit Mitte der siebziger Jahre wuchs dieses Potential um die Hälfte auf derzeit fast 45 Millionen. Was die Zukunft angeht, sind sich die Beobachter in der Tendenz einig: Es werden dem Arbeitsmarkt weniger Arbeitskräfte und den Sozialsystemen weniger Beitragszahler zur Verfügung stehen. Das Ausmaß des Rückgangs ist allerdings schwierig zu bestimmen.

Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung geht davon aus, dass das Erwerbspersonenpotential bis 2020 zwar lediglich um rund eine Million Menschen sinken wird. Für die folgenden 30 Jahre wird jedoch eine Abnahme um weitere 7 auf 36 Millionen erwartet. Diesem Szenario liegen allerdings die Annahmen zugrunde, dass die Frauenerwerbsquote während dieses Zeitraums weiter steigen wird, dass eine jährliche Nettozuwanderung von 200 000 Menschen stattfindet und zudem die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre in Kraft tritt. Gleichzeitig steigt nach Berechnungen des Mannheimer Rentenexperten Axel Börsch-Supan die Zahl der Ruheständler im selben Zeitraum auf fast 27 Millionen. Die beiden Kurven nähern sich also an. Im Sinne möglichst stabiler Sozialsysteme muss das Potential an Arbeitskräften deshalb bestmöglich genutzt werden. Börsch-Supan weist darauf hin, dass ein Großteil des demographischen Drucks durch gezielte Reformen abgefedert werden könne. Diese müssten Anreize für höhere Erwerbsbeteiligungen schaffen. Schlägt die Politik die Gegenrichtung ein, verschärft sie die Probleme.

Rentner und Erwerbspersonen in Deutschland

In Millionen



1) Mögliche Arbeitskräfte; vor 1991 nur Westdeutschland. 2) Deutsche und Ausländer; vor 1992 nur Westdeutschland. 3) Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters; vor 1992 nur Westdeutschland; Stand: 2006. 4) Bei Rente mit 67, starkem Anstieg der Frauen-Erwerbsquoten und jährlicher Nettozuwanderung von 200 000. 5) Prognose von 2006 an; Quelle: Mea.

Quellen: BA; Deutsche Rentenversicherung; IAB; Statistisches Bundesamt / F.A.Z.-Grafik Dobratz

Der vollständige Artikel erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 8. Mai 2008.